

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Musharraf in den USA - Finanzzusagen

Nach den Gesprächen zwischen den Präsidentenkollegen Bush und Musharraf kündigte Bush ein fünfjähriges Finanzprogramm mit einem Volumen in Höhe von drei Milliarden US-Dollar an. Auch wenn die noch immer strittige Frage pakistanischer Rückerstattungsansprüche aus einer von den USA gestoppten - aber von Pakistan schon finanzierten - Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen ausgenommen blieb, betreffen rund 50 Prozent der Zusagen Sicherheits- und Militärmaßnahmen. Der britische *Economist* bezeichnete dieses Abkommen als „Payback Time“ für Musharraf.

Nach Bushs Lob der pakistanischen Antiterrorismuspolitik und der Annäherung an Indien erfolgte die Unterzeichnung eines bilateralen Handels- und Investitionsrahmenabkommens sowie eines Vertrags zur wissenschaftlichen und technischen Kooperation. Zusätzlich kündigte Washington den Verzicht auf Kreditforderungen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar an.

Wichtige Ergebnisse des USA-Besuchs von Musharraf - wie etwa das Zugeständnis, Israel anzuerkennen, das eigene Atomprogramm zurückzufahren, ca. 10.000 Soldaten in den Irak zu schicken sowie den Rückzug hinter die bisherigen Positionen in der Kashmirfrage - werteten pakistanische Oppositionspolitiker verschiedener Parteien als Verrat der nationalen Interessen. Die hierfür zugesagten Finanzmittel der USA stellten keine adäquate Entschädigung dar, hieß es aus Oppositionskreisen. Frühere pakistanische Regierungen hätten von den USA wiederholt mehr Zusagen und F-16-Jets erhalten; auch ohne als Frontstaat gegen den Terrorismus bereitzustehen, so die Argumentation der Politiker.

Hilfszusagen der Asiatischen Entwicklungsbank

Zugunsten eines Hilfsprogramms für Gesundheitsdienste und bessere Lebensmittelversorgung armer und marginalisierter Gruppen wie Frauen und Kinder hat die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) einen Zuschuß von 3,4 Milliarden US-Dollar für drei Jahre zugesagt. Diese Gelder stammen aus einem japanischen Fonds zur Armutsbekämpfung (JFPR) und sollen in sechs Distrikten eingesetzt werden. Diese Maßnahme ist laut einem ADB-Sprecher die erste des JFPR in Pakistan und zugleich auch die erste dieser Art für Gesundheitsvorsorge und Ernährung für die Armen in Südasien. Der ADB-Zuschuß wird von den lokalen und nationalen Verwaltungen mit Eigenmitteln in Höhe von 700.000 US-Dollar und von Nichtregierungsorganisationen mit weiteren 100.000 US-Dollar ergänzt.

Weitere 2,6 Milliarden US-Dollar für drei Jahre werden von der ADB für Entwicklungsprojekte bereitgestellt. Hierzu zählen unter anderem der Bau einer Straße vom Hafen Gwadar in Beluchistan durch Afghanistan nach Zentralasien. ADB-Sprecher verwiesen in Presseberichten hierbei auch auf die geostrategische Bedeutung Pakistans, die zukünftig wichtige Handelspotenziale erwarten lasse.

Katholischer Priester erschossen

Einen Tag nach dem Bombenattentat in Quetta wurde im punjabischen Okara ein katholischer Priester in seinem Haus erschossen. Die Behörden führten den Mord in ersten Meldungen auf einen internen Konflikt zurück, in den einige Christen kurz zuvor verwickelt gewesen sein sollen. Sie schlossen damit einen Raubüberfall oder auch einen Terroranschlag aus. Vertreter der Christen protestierten vehement gegen diese Darstellung der Ereignisse durch die Behörden.

Musharraf in Deutschland

Als Teil seines Auslandsprogramms hielt sich Präsident Musharraf zwei Tage zu politischen Gesprächen in Berlin auf. Dort traf er mit Bundespräsident Rau, Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Wirtschaftsminister Clement zusammen. Neben dem Wunsch des Ausbaus der bilateralen Beziehungen sprach Musharraf wiederholt den Kashmirkonflikt sowie die Entwicklung in Afghanistan an. Für Afghanistan mahnte er eine neue politische und militärische Strategie an, bei der die ausländischen Truppen baldmöglichst zurückgezogen werden sollten, um das Nachbarland stabilisieren zu können. Dabei werde Pakistan immer ein Mitglied der internationalen Koalition gegen den Terrorismus bleiben. Die Kashmirfrage dürfe jedoch aus pakistanischer Perspektive nicht beiseite geschoben werden. Präsident Rau sieht nach Presseberichten aber keine Sonderrolle Deutschlands zur Lösung des Kashmirkonfliktes. Allerdings werde Deutschland, sofern angefordert, durchaus als Vermittler bereitstehen. Rau, der schon zum Staatsbesuch in Indien war, wurde von Musharraf zum Gegenbesuch nach Pakistan eingeladen.

Zum Abschluß des Berlinbesuchs wurde bekannt, daß Berlin die vor vier Jahren erlassenen Sanktionen für Rüstungsexporte nach Pakistan aufheben werde. So kündigte Musharraf die Lieferung von Radarersatzteilen für die pakistanische Luftwaffe an.

Haushalt 2003/2004 eingebracht

Finanzminister Shaukat Aziz hat den ersten Haushaltsplan nach den Wahlen im Oktober 2002 im Parlament eingebracht. Dessen Gesamtvolumen in Höhe von rund 805 Milliarden Rupien stehen jedoch nur Einnahmen in Höhe von ca. 626 Milliarden Rupien gegenüber. Somit müssen rund 180 Milliarden Rupien durch Kredite finanziert werden. Allerdings liegt das Defizit noch im Rahmen der mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbarten Marge von bis zu vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Der Haushaltsplan wurde nach Presseberichten von Minister Aziz als investitionsorientiert und arbeitsplatzschaffend bezeichnet. Auch seien für das neue Wirtschaftsjahr keine neuen Steuern geplant. Aus dem Staatsbudget werden 256 Millionen Rupien für Schuldenlasten, 185 Millionen für armuts-orientierte Sozialausgaben sowie je 160 Millionen für Entwicklungsmaßnahmen und Verteidigung veranschlagt. Aziz stellte in seiner Rede folgende Punkte besonders heraus: 15-prozentiger Einkommenszuwachs für Regierungsangestellte, Erhöhung der Gesundheitsausgaben um 20 Prozent, Steigerung der Entwicklungsausgaben um 30 Prozent sowie reduzierte Steuerbefreiungen. Auf der Einnahmenseite werden im nächsten Jahr unter anderem zehn Milliarden Rupien aus Privatisierungsmaßnahmen sowie 513 Milliarden Rupien Steuereinnahmen erwartet.

Oppositionspolitiker kritisierten den Haushaltsentwurf als perspektivlos und zu sehr nach den Vorgaben der Weltbank und des IWF ausgerichtet, so daß Durchschnittsbürger davon nicht profitieren würden. Der Haushaltsentwurf wurde nach kurzer aber heftiger Debatte in der Nationalversammlung ohne Gegenstimme angenommen, nachdem die Oppositionsparteien aus dem Parlament ausgezogen waren.

Die Reaktionen der Wirtschaftsanalysten sind gemischt und schwanken zwischen zurückhaltender Zuversicht in den eingeschlagenen Weg bis zum kritischen Aufatmen, daß zahlreiche befürchtete Einschnitte, vor allem für die Industrie, nicht umgesetzt wurden, ohne daß jedoch „die große Lösung“ gefunden worden sei. Ebenso variieren die Einschätzungen der Unternehmer je nach Branche zwischen Zustimmung zu einzelnen Anreizen und dem Beklagen des Ausbleibens anderer spezifischer Anreize. Besondere Kritik wurden am Fehlen spezieller Anstrengungen im Bereich der Informationstechnologie sowie für die Exportförderung im Allgemeinen laut.

Politische Kommentatoren heben hervor, daß es der pakistanischen Wirtschaft schon lange nicht mehr gelungen sei, einen ähnlich positiven Stand zu erreichen. Allerdings lasse sich das Wirtschaftswachstum in Höhe von rund fünf Prozent nur auf die Schuldenerlasse des Pariser Clubs im Dezember 2001 und einzelner Staaten sowie teilweise auch auf die disziplinierte Ausgabenpolitik der pakistanischen Regierung zurückführen. Die größte Herausforderung liege nun aber darin, das Wachstum noch über die nächsten etwa zehn Jahre auf sieben bis acht Prozent *per annum* zu steigern. Nur dann werde die Wirtschaft sich wirklich erholen und stabilisieren können. Allerdings liege die derzeitige Investitionsquote um fünf bis sechs Prozentpunkte zu niedrig und unterschreite noch die Werte der 90er Jahre.

Todesurteile gegen Bombenattentäter

Als Verantwortliche für den Selbstmordbombenanschlag auf elf französische U-Boot-Techniker und zwei weitere Opfer wurden drei Mitglieder der verbotenen *Harkat-ul Mujaheddin* von einem Anti-Terrorismus-Gericht in Karachi zum Tod verurteilt. Zusätzlich wurden hohe Gefängnis- und Geldstrafen aufgrund verschiedenster Gesetzesverstöße verhängt. Die Verteidigung werde nach Presseberichten Revision gegen das Urteile einlegen.

Musharraf in Großbritannien

Zum Auftakt einer zweiwöchigen Auslandsreise in die vier wichtigsten westlichen Staaten war Präsident Musharraf in Großbritannien zu Besuch. Die politischen Gespräche ergaben nach Presseberichten weitgehende Übereinstimmung in zentralen Fragen zur Region vom Iran bis Indien. Dies schloß auch die pakistani-schen Anstrengungen in der Terrorismusbekämpfung ein. Musharrafs Besuch war von indischen Vorwürfen an den Nachbarstaat überschattet, wonach dieser erneut Kriegsvorbereitungen treffe und weiterhin Terroristen nach Kashmir einschleuse. Musharraf sowie der pakistani-sche Informationsminister dementierten diese Vorwürfe entschieden. Mit dem stellvertretenden indischen Premierminister L. K. Advani hatte Musharraf darüber in London einen heftigen Meinungsaustausch.

Musharraf in Frankreich

Zum Abschluß seiner Auslandsreise und nach seinen politischen Gesprächen mit dem französischen Präsidenten Chirac, Premierminister Raffrain und Außenminister de Villepin unterzeichnete Präsident Musharraf in Paris einen Vertrag mit dem Ölkonzern Total. Inhalt des Drei-Millionen Dollar-Vertrags mit einem internationalen Konsortium unter Leitung von Total ist die Ölexploration im Indusdelta vor der pakistanischen Küste. Weitere politische Beratungen wurden mit dem Angebot an Pakistan abgeschlossen, bestimmte Bereiche zu benennen, in denen französische Investitionen und staatliche Entwicklungsprogramme sinnvoll seien.

Gericht entzieht Abgeordnetenmandat

Das Wahltribunal des *High Court* in Peshawar hat dem Nationalversammlungsabgeordneten der *Muttahida Majlis-e-Amal* (MMA), Mufti Ibrar Sultan, nachträglich das Mandat entzogen, da sein Abschluß an einer *Madrassa*, einem islamischen Seminar, nicht dem einer Hochschule entspreche. Der Richter ordnete daraufhin eine Neuwahl im Wahlkreis 14 in Kohat an. Sollte dieses Urteil auch vom *Supreme Court*, dem Verfassungsgericht, bestätigt werden, fürchtet das *Gros* der MMA-Fraktion ihren Ausschluß, da sie meist einen solchen islamischen Abschluß besitzen. Diese Qualifikationen waren vor den Wahlen von den zuständigen Gremien offiziell als mit Hochschulabschlüssen gleichwertig anerkannt worden. Die Gerichtsverhandlung war nach der Wahl von einem Anwalt veranlaßt worden, der damit gegen den Erlaß des *Shariah*-Gesetzes in der *North-West Frontier Province* (NWFP) protestiert.

Anschlag auf schiitische Moschee in Quetta

Während der Freitagsgebete schossen vermutlich drei Attentäter wahllos auf rund 2.000 Schiiten in einer Moschee in Quetta, der Hauptstadt Beluchistans, sie warfen zudem Handgranaten auf die Betenden. Nach Medienberichten starben dabei 53 Menschen und 65 weitere wurden verletzt. Unter den Toten befanden sich alle Attentäter. In der Moschee fanden Sicherheitskräfte später noch zwei nicht detonierte Kanisterbomben, die entschärft werden konnten.

Nach gewalttätigen Protesten und Verwüstungen durch schiitische Demonstranten verhängten die Behörden eine Ausgangssperre über die Stadt und die Armee übernahm die Kontrolle. Unmittelbar nach dem Anschlag wurde der Polizeichef Quettas entlassen und zahlreiche weitere Polizeioffiziere strafversetzt.

Über die Hintergründe der Tat entbrannte im Anschluß ein Streit zwischen offiziellen Stellen und den Schiiten. Einerseits verhafteten Sicherheitskräfte nach dem Anschlag 19 Mitglieder verbotener sunnitischer Organisationen. Andererseits äußerten die ermittelnden Behörden den Verdacht, daß Indizien auf „ausländische Kräfte“ hindeuteten; dabei wurden „afghanische Taliban“ als die möglichen Täter genannt. Demgegenüber vermuten die Schiiten vor Ort die Verantwortlichen unter militanten Sunniten; schließlich hätten sich die Attentäter ihre letzten Befehle im lokalen Dialekt zugerufen, argumentieren die Schiiten unter Berufung auf entsprechende Zeugenaussagen. Zahlreiche der von dem Anschlag betroffenen Schiiten stammen nach Presseberichten aus dem afghanischen Hazara-Siedlungsgebiet, wo sie sich in den 90er Jahren heftige Gefechte mit den sunnitischen Taliban lieferten. Zudem gelten sie als Unterstützer der US-Angriffe gegen die Taliban.

Politische Beobachter sehen in diesem seit langem schwersten Terroranschlag in Pakistan eine neue Qualität, da offensichtlich erstmals Selbstmordattentäter bei Anschlügen gegen andere muslimische Gruppen aktiv wurden. Hohe Vertreter der pakistanischen Regierung wie Präsident Musharraf und Premier Jamali verurteilten diesen Terroranschlag als unislamisch und als gegen die Bevölkerungsmehrheit in Pakistan gerichtet. Die iranische Regierung protestierte gegen das Wiederaufleben der kommunalistischen Gewalttätigkeiten und forderte massive Schritte der pakistanischen Regierung zur Sicherheit der Schiiten und zur Aufklärung des Anschlags. Schon Anfang Juni hatte ein Attentat auf schiitische Polizeikadetten in Quetta, bei dem 13 Menschen erschossen wurden, zu kommunalistischen Unruhen geführt.

Grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen

Nach einem Gesprächsangebot des indischen Premiers Vajpayee und einem Telefongespräch mit seinem pakistanischen Kollegen Jamali vereinbarten beide Länder für den 1. Juli die Wiederaufnahme des Pendelbusses zwischen Delhi und Lahore mit zwei Verbindungen pro Woche. Der Start wurde jedoch wegen verzögerter Visaverfahren auf den 11. Juli verschoben. Ein solcher Pendelbusverkehr bestand schon zwischen Februar 1999 und Dezember 2001, bevor dieser von Indien unter Protest gegen das Attentat islamistischer Terroristen mit Wohnsitz in Pakistan gegen das Indische Parlament eingestellt wurde. In weiteren Verhandlungsrunden wird zusätzlich über die Aufnahme von Zugverbindungen sowie über die gegenseitige Zulassung von Überflugsrechten für zivile Flugzeuge verhandelt. Diese waren zum 1. Januar 2002 gekündigt worden. Indien ist unter anderem sehr an Direktflügen nach Kabul interessiert.

Pakistanisch-chinesische Grenze wieder offen

Der im Karakorum gelegene pakistanisch-chinesische Grenzübergang am Khunjerabpaß ist nach rund zweimonatiger Schließung aufgrund der SARS-Infektionsgefahr seit dem 1. Juli wieder geöffnet. Zwischenzeitlich wurden auf pakistanischer Seite mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation notwendige Anlagen für Gesundheitsuntersuchungen eingerichtet. Zuvor hatten vor allem pakistanische Wirtschaftsvertreter die hohen Verdienstauffälle und verminderten Staatseinnahmen von zusammen rund 157 Millionen Rupien beklagt.

Volkszählungsergebnisse verfälscht

Im Verlauf einer Serie von Seminaren des *Pakistan Institute for Development Economics* (PIDE) zur Diskussion der Volkszählungsergebnisse von 1998 wurde wiederholt bestätigt, daß die letzten Volkszählungen Pakistans bewußt verfälscht wurden. Die Volkszählungen von 1972 und 1981 dienten offiziell als Bemessungsgrundlage für die Verteilung von Entwicklungsgeldern, so daß das Interesse groß war, die Bevölkerungszahl höher als real darzustellen. Ein UN-Forscher verwies beim bislang letzten dieser Seminare darauf, daß die Fruchtbarkeitsrate und damit auch die Geburtenziffern schon in den 80er Jahren rückläufig waren. Bei der jüngsten Volkszählung von 1998 sei nach einhelliger Meinung der beteiligten Wissenschaftler vor allem das Interesse der Regierung, sich positiv - das heißt mit rückläufigem Bevölkerungswachstum - gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu präsentieren, für Ergebnisschönungen verantwortlich. Zukünftig, so die Forderung des PIDE-Direktors Dr. A. R. Kamal, müßten alle Institutionen die Ergebnisse demographischer und sozioökonomischer Untersuchungen vorbehaltlos anerkennen. So war eine der rund 15 von PIDE initiierten Studien auf Basis der Volkszählung von 1998 vom Finanzministerium abgelehnt worden, da sie eine höhere Armutsrate als die offizielle auswies.

Indische Abgeordnete auf „Privatbesuch“ in Pakistan

Auf Einladung der Nichtregierungsorganisation *Pakistan-India Peoples' Forum for Peace and Democracy* hielten sich im Juni insgesamt zehn indische Abgeordnete der *Lok Sabha* und der *Rajya Sabha* zu einem achtägigen Besuch in Pakistan auf. Zuvor waren im Mai diesen Jahres zwölf pakistanische Senatoren und Parlamentsmitglieder in Indien zu Besuch. Die indische Delegation sprach sich unter anderem für gegenseitige Handelserleichterungen aus. Parlamentarier der SAARC-Mitgliedsstaaten benötigen für den Grenzübertritt keine Visa - ähnliche Reiseerleichterungen sollten nach Ansicht der Abgeordneten auch für Wirtschaftsvertreter ermöglicht werden.

Bald Teeimporte aus Indien?

Ende Juni hielt sich eine 14-köpfige Delegation indischer Teeunternehmer zu einem fünftägigen Besuch in Pakistan auf, um neue Kaufkontrakte für indischen Tee abzuschließen. So soll nach Auskunft der *Indian Tea Association* (ITA) das Exportvolumen von derzeit 3,5 bis vier Millionen Kilogramm in den nächsten Jahren auf 15 bis 20 Millionen Kilogramm gesteigert werden. Delegationsmitglieder begrüßten zuvor laut Presseberichten, daß Pakistan die Einfuhrzölle für indischen Tee um fünf Prozentpunkte gesenkt habe. Auch erste *Joint Venture*-Unternehmen zwischen dem weltgrößten Teeexporteur und dem drittgrößten Teeimporteur gibt es nach der Wiederaufnahme bilateraler Kontakte bereits. Zum Abschluß des Delegationsbesuchs hieß es, daß die indischen Exporteure daran interessiert seien, schon im Wirtschaftsjahr 2003/2004 rund zehn Millionen Kilogramm Tee in das Nachbarland zu exportieren. Die pakistanische Seite kommentierte die Verhandlungen mit den Worten, daß die indischen Produzenten gute Qualität zu wettbewerbsgerechten Preisen anbieten müßten. Generelle Restriktionen oder Vorbehalte gegen indischen Tee gebe es nicht. Doch sei früher wiederholt Ware in unterdurchschnittlicher Qualität geliefert worden. Auch seien Lieferverträge von bis zu 15 Millionen Kilogramm nicht erfüllt worden. Letztlich unterzeichneten beide Seiten ein Rahmenabkommen (*Memorandum of Understanding*) über die Lieferung von mindestens zehn Millionen Kilogramm indischen Tees im Jahr 2003/2004. Das Gros der pakistanischen Importe stammt jedoch weiterhin aus Kenia sowie aus Sri Lanka.

Afghanisch-pakistanische Grenzscharmützel

Nahe den Stammesgebieten der *Mohmand Agency* kam es Anfang Juli wiederholt zu Schußwechseln mit leichten und schweren Waffen zwischen afghanischen und pakistanischen Grenztruppen. Unbestätigte Berichte meldeten vier getötete afghanische Milizionäre, während auf pakistanischer Seite keine Verluste bekannt wurden. Die Auseinandersetzungen begannen, nachdem pakistanische Grenztruppen in diese schwer erreichbare Region entsandt wurden, um Kontrollposten einzurichten. Auch die afghanische Regierung errichtet derzeit auf ihrem Territorium Beobachtungs- und Kontrollposten. Von offizieller pakistanischer Seite wird davon ausgegangen, daß dies keine Provokation der afghanischen Übergangsregierung darstelle. Vielmehr wird vermutet, daß interessierte Kreise die lokale Bevölkerung aufwiegelten. Die pakistanische Vermessungsbehörde wird als nächsten Schritt den genauen Grenzverlauf in dieser Region markieren.

Botschafteraustausch vereinbart

Nach dem gegenseitigen Rückruf der Botschafter im vergangenen Jahr benannten jetzt Pakistan und Indien neue Vertreter für ihre diplomatischen Vertretungen im Nachbarland. Der pakistanische Hochkommissar Aziz Ahmed Khan traf am 30. Juni auf dem Landweg in Delhi ein. Khan war zuletzt Sprecher im Außenministerium und diente in den 80er Jahren als stellvertretender Hochkommissar in der Vertretung Pakistans in Delhi. Sein indischer Kollege, Shiv Shankar Menon, zuvor Botschafter Indiens in China, sollte Mitte Juli in Islamabad eintreffen.

Wiederaufnahme in Commonwealth verweigert

Trotz der Anerkennung wichtiger Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung wurde der Ausschluß Pakistans auf einer Außenministerkonferenz der *Commonwealth*-Staaten Mitte Mai in London vorläufig bestätigt. Eine endgültige Entscheidung über den vor vier Jahren in Reaktion auf den Militärputsch in Pakistan beschlossenen Ausschluß vertagte die Organisation auf einen *Commonwealth*-Gipfel im Jahr 2004. Dabei machte sie eine positive Entscheidung von weiteren Fortschritten im parlamentarischen Normalisierungsprozeß abhängig.

Induswasser-Verhandlungen mit Indien

Mit den alljährlichen bilateralen Verhandlungen über die Verteilung des Induswassers erhielt Ende Mai die Annäherung zwischen Indien und Pakistan - seitdem Premier Vajpayee seine „Hand der Freundschaft“ angeboten hatte - wieder ein offizielles Forum. Diese Induswasser-Runde wird jedes Jahr vor dem Einsetzen der Monsunregen abgehalten. Als Ergebnis wurden für den Zeitraum 2003/2004 gemeinsame Inspektionsreisen beiderseits der Grenze vorgeschlagen. Die von Pakistan zuvor geforderte Einsetzung eines neutralen Experten zur Untersuchung des strittigen Baglihar Wasserkraftwerks in Kashmir wurde nach Presseberichten aufgeschoben. Indien lehnt dies ab und strebt eine bilaterale Lösung an.

Pakistan und die ASEAN

Im nächsten Jahr wird Pakistan mit Beobachterstatus zum *ASEAN Regional Forum* (ARF) eingeladen, ein Privileg, das bislang nur Indien, Nordkorea, den USA und der EU eingeräumt wurde. Dies gab der kambodschanische Außenminister in Pnom Penh nach einem Außenministertreffen der ASEAN-Staaten bekannt. Zuvor hatte Indien versucht, die Aufnahme Pakistans zu verhindern. Nach pakistanischen Presseberichten hat sich insbesondere China für die Aufnahme Pakistans eingesetzt, damit das ARF in der asiatischen Region eine bessere Vermittlerrolle übernehmen kann.

Der pakistanische Außenminister Kasuri nahm derweil bereits an einem Arbeitstreffen von zehn ASEAN-Außenministern und weiteren asiatischen Staaten wie Bangladesh und Indien im Rahmen des *Asian Cooperation Dialogue* (ACD) im thailändischen Chiang Mai teil. Pakistans Ziel sei es, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit diesen Ländern auszubauen.